

GGG Journal

Gemeinnützige Gesellschaft Gesamtschule

Verband für Schulen des gemeinsamen Lernens e.V.

Heft 1/2009



Gemeinsam Lernen – Tor zur Welt

lautet das Motto des 31. Bundeskongresses der GGG in Hamburg in der Max-Brauer-Schule, Trägerin des Deutschen Schulpreises 2006. Erste Informationen zum Kongress-Programm und zum 40jährigen Gründungsjubiläum der GGG.

Seite 4f

Organisationskizze Winterhude

ist der dritte Beitrag der neuen Serie, in der Lothar Sack und Birgit Xylander die Gesamtschule Winterhude skizzieren, eine der von Schwarz-Grün „bedrohten“ Langformschulen in Hamburg, die 2008 für den Deutschen Schulpreis nominiert wurde.

Seite 6 ff

Von Treibhäusern und Biotopen

nennt Ursula Helmke ihre Zwischenbilanz zum Stand der Individualisierung des Lernens an deutschen Schulen, beschreibt Beispiele und Erfolge, die Mut machen, zu weiteren Reformen anspornen und zum „Abgucken“ einladen.

Seite 11

Überbordenden Pragmatismus

hält Frieder Bechberger-Derscheidt in seinem Leserbrief zum Kommentar zur gescheiterten Hamburger Volksinitiative dem Autor Jochim Lohmann vor. Dieser fordert in seiner Erwiderung „Realismus statt Kleinmut“. Ein lesenswerter Disput.

Seite 12ff

INHALT

GGG-Aktuell

Der deutsche Schulpreis 2008 3

Gemeinsam lernen – Tor zur Welt 4

Serie

Organisationsskizze Gesamtschule 6

Winterhude Hamburg 6

Thema

Von Treibhäusern und Biotopen 10

Bildungs-Politik

Überbordender Pragmatismus 12

Realismus statt Kleinmut 12

Aus den Ländern 15

GGG-Intern

Ein Blumenstrauß für Christel Schehr 19

Termine 19

Kommentar 20

IMPRESSUM

GGG-Journal – Heft 1/2009

vom 1. März 2009

ISSN 1868-4963

32. (40.) Jahrgang

Herausgeber: GGG – Gemeinnützige Gesellschaft Gesamtschule – Verband für Schulen des gemeinsamen Lernens e.V.

Redaktion: Ursula Helmke, Dr. Christa Lohmann, Dr. Klaus Winkel, Wolfgang Vogel (Koordination), Dr. Michael Hüttenberger (presserechtlich verantwortlich)
Hauptstraße 8, 26427 Stedesdorf,
E-Mail: geschaeftsstelle@ggg-bund.de

Vertrieb: GGG-Bundesgeschäftsstelle,
Hauptstr. 8, 26427 Stedesdorf,
Telefon: 04971/94668-0
E-Mail: geschaeftsstelle@ggg-bund.de

Die Gesamtschul-Kontakte erscheinen vierteljährlich. Der Abonnementpreis beträgt jährlich € 17,- (einschließlich Versand). Der Einzelpreis des Heftes von € 5,- ist für GGG-Mitglieder im Mitgliedsbeitrag enthalten. Auflage: 4.000 Exemplare

Druck: Druckwerkstatt Kollektiv GmbH
Layout: Waso Koulis, Christa Gramm
Illustration: Ingrid Freihold

Die nächste Ausgabe erscheint am: 1.6.2009
Redaktionsschluss: 20.4.2009

... vorab bemerkt

Liebe Gesamtschulfreunde und –freundinnen,

2009 – ein neues Jahr, das Sie hoffentlich gut begonnen haben, und ein neues Design unserer Verbandszeitschrift. Sie heißt jetzt GGG-Journal und kommt auf den ersten Blick beschwingter und moderner daher. Nach acht Jahren in gleicher Aufmachung war es an der Zeit für eine dezente Auffrischung des Outfits. Maßgeblichen Anteil an der Neugestaltung haben Waso Koulis von der Druckwerkstatt und Christa Gramm von der Geschäftsstelle des GGG-Landesverbandes Hessen, hauptberuflich Designerin, die auch beauftragt ist, der GGG bundesweit ein identitätsstiftendes Gesicht zu geben. Einen Wechsel gibt es auch bei den Illustrationen. Fünf Jahre sorgte Katja Rosenberg für den optischen Aufmacher, zunächst für 2009 ist Ingrid Freihold damit beauftragt. Ihre Titelillustration für diese Ausgabe ist ein vielversprechender Auftakt. Inhaltlich bleibt es bei der gewohnten Qualität.

Mit der „Organisationsskizze“ zur Gesamtschule Winterhude in Hamburg setzen Lothar Sack und Birgit Xyländer die Serie fort, die allenthalben großen Zuspruch erfährt. Ursula Helmke zieht eine Zwischenbilanz zum Stand der Individualisierung des Lernens an deutschen Schulen, beschreibt Beispiele und Erfolge, die Mut machen, zu weiteren Reformen anspornen und zum „Abgucken“ einladen.

Reaktionen ausgelöst hat Joachim Lohmanns Kommentar in der letzten Ausgabe dieser Zeitschrift. Das ist gut so, dazu ist ein er Kommentar da. Er gibt die persönliche Meinung des Autors wieder und muss deshalb nicht deckungsgleich sein mit der Ansicht der Redaktion oder gar des gesamten Verbandes. Zwischen Frieder Bechberger-Derscheidt und Jochim Lohmann hat sich ein lesenswerter Disput entsponnen, den wir gerne abgedruckt haben.

In den Länderberichten steht diesmal Niedersachsen und die erfreulich hohe Nachfrage nach Gesamtschulen dort im Fokus. GGG-intern gibt es die nun endgültige Verabschiedung von Christel Schehr als Geschäftsstellenleiterin der „alten“ GGG-Bundesgeschäftsstelle in Aurich zu vermelden. Der Kommentar analysiert mit eigenwilliger Metaphorik das schwierige Beziehungsverhältnis von Etikett und Inhalt.

Natürlich freuen wir uns darüber, das bei der Verleihung des Deutschen Schulpreises 2008 wiederum Gesamtschulen eine exponierte Rolle spielten. So erhielt die IGS Bonn-Beuel den 2. Preis zugesprochen, weitere GGG-Mitgliedsschulen waren nominiert. Lothar Sack berichtet darüber und gratuliert an exponierter Stelle gleich zu Beginn dieses Heftes.

Last but not least – der 31. Bundeskongress der GGG vom 18.–20. September an der Max-Brauer-Schule in Hamburg wirft seine Schatten voraus. Das Konzept und eine erste Programmübersicht werden vorgestellt. Ausführliche Information gibt es dann in der nächsten Ausgabe des GGG-Journals als Extra-Beilage sowie im Internet unter www.ggg-bund.de.

Dort finden Sie auch diese Ausgabe des GGG-Journals im pdf-Format, die Möglichkeit zum „downloaden“ inbegriffen.

Und nun wünsche ich Ihnen, liebe Leserinnen und Leser, eine informative Lektüre und ein frühlingsschönes Lesevergnügen.

Ihr




LOTHAR SACK

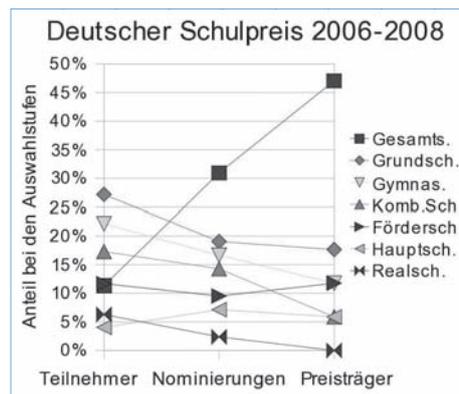
Der deutsche Schulpreis 2008

Die Jury hat wieder gesprochen. Anfang Dezember wurden die Preisträger des deutschen Schulpreises 2008 ausgezeichnet. Auch von hier aus sei allen Preisträgern herzlich gratuliert, insbesondere der Integrierten Gesamtschule Bonn-Beuel. Es gelang drei weiteren Gesamtschulen, in die Nominierungsrunde zu kommen: Erich-Kästner-Gesamtschule Hamburg, Fridtjof-Nansen-Schule Flensburg, Gesamtschule Winterhude Hamburg. Auch diesen Schulen eine herzliche Gratulation.

In den Wettbewerben 2006 und 2007 erhielten mehrheitlich Gesamtschulen (bzw. Schulen, die sich als Schule für alle begreifen), den deutschen Schulpreis (7 von 10 Preisträgern). 2008 wurden die Preise fein säuberlich über die Schulformen verteilt. Nur die Realschulen gingen leer aus. Mit Bonn-Beuel ist wieder eine Gesamtschule unter den Preisträgern. Wenn man das Verhältnis von Bewerbern und Preisträgern betrachtet, fällt auf, dass wieder die Gesamtschulen gegenüber etwa den Gymnasien eine doppelte Chance hatten, einen Preis zu gewinnen, bei den Nominierungen sogar eine vierfache Chance.

Das Vergabeverfahren geht über mehrere Stufen: Die erste Stufe ist die Bewerbung der einzelnen Schulen (2008: 250 Bewerber, in allen Wettbewerben zusammen 870). Unter den Bewerbern werden in der 2. Stufe „preisverdächtige“ Schulen ausgewählt (2008: 50 Schulen), ein Teil davon wird in der 3. Stufe von einem Expertenteam besucht (2008: 20 Schulen). Aus den besuchten Schulen werden (4. Stufe) etwa doppelt so viele Schulen nominiert, wie Preise vergeben werden (2008: 14 Schulen, insgesamt bisher 42 Schulen). Schließlich werden in der letzten Auswahlstufe die Preisträger ermittelt (2008: 7 Preisträger, insgesamt bisher 17). Es liegen nun Erfahrungen und Zahlen aus drei Wettbewerbsjah-

ren vor. Kumuliert für alle drei Jahre werden in der Grafik die prozentualen Anteile der Schularten an den Auswahlstufen 1, 4 und 5 (Bewerber, Nominierungen, Preisträger) dargestellt. Die Bewertung und Interpretation überlasse ich dem Leser. Angesichts der Ergebnisse dürfte eigentlich niemand mehr den Zusammenhang zwischen Schulqualität und Schulstruktur in Abrede stellen.



Wenn man über die (pauschalisierende) Zuordnung der Schulen zu Schularten hinaus geht und sich im Einzelnen pädagogische und organisatorische Merkmale der Preisträgerschulen anschaut, erhält man interessante Ergebnisse, z.B. dass deutlich mehr Grundschulen unter den Preisträgern sind, als durch die Zuordnung zu den Schularten ausgewiesen werden, finden sich doch viele Langformschulen – also Schulen, die auch Grundschule sind – unter den Preisträgern, und zwar erheblich mehr als es ihrem Anteil an allen Schulen entspricht: Die Vermutung liegt nahe, dass die Langform ein organisatorischer Indikator für gute Schule ist. Das sollten sich die Hamburger Schulplaner noch einmal durch den Kopf gehen lassen, bevor sie die dort erfolgreich arbeitenden Gesamtschulen der Doktrin der Trennung von Grundschule und Sekundarschule opfern: Immerhin drei davon sind unter den Preisträgern und Nominierten. Über

die genauere Untersuchung pädagogischer und organisatorischer Indikatoren für gute Schule wird noch zu berichten sein.

Die Web-Adressen für die, die sich genauer informieren wollen:

<http://www.deutscher-schulpreis.de>

<http://www.gebonn.de> ♦

Laudatio Integrierte Gesamtschule Bonn-Beuel

Eine Gesamtschule und Ganztagschule, mit Abitur nach 12 und nach 13 Jahren, zeigt, wie es geht und was nötig ist, um ein großes pädagogisches Unternehmen systematisch und langfristig in Bewegung zu setzen und auf Qualitätskurs zu bringen.

Wir begegnen einem Kompetenzzentrum mit starker Ausstrahlung in Stadt und Region und einer Schule, die Instrumente individueller Lernförderung entwickelt, aufgreift und verbessert. Für ihr Management sind zielorientierte Führung und demokratischer Weg, verbindlich geteilte Verantwortung und Partizipation ebenso selbstverständlich wie der Ehrgeiz, dass niemand ohne Abschluss die Schule verlässt, dass Kinder mit sonderpädagogischem Förderbedarf und besonders Begabte gleichermaßen Begleitung, Anregung und Förderung erfahren und herausgefordert werden. Die Schule führt ihre Schülerinnen und Schüler zu überdurchschnittlichen Ergebnissen. Zahlreiche Auszeichnungen und das „Gütesiegel individuelle Förderung“ zeugen davon, dass es auf exzellente Weise gelingt, die Lebensvielfalt aufzunehmen und Heranwachsenden ein Lernfeld zu eröffnen, das die stärkende Erfahrung eigener Leistung und Wirkung ermöglicht.

Diese Schule ist ein Lernort für die Welt – für die Lebenswelt der Kinder und Jugendlichen, für die eigene schulische Alltagswelt und für die globalen Aufgaben der großen Welt, die uns alle angehen.

Stellenausschreibung

An der **Integrierten Gesamtschule Bonn-Beuel** ist zum 01.08.2009 die Stelle

des Stellvertretenden Schulleiters/ der Stellvertretenden Schulleiterin

zu besetzen.

Die Schule wurde beim Deutschen Schulpreis 2008 mit dem 2. Platz ausgezeichnet und kann auf zahlreiche weitere nationale und internationale Anerkennungen verweisen. Sie arbeitet in zahlreichen Netzwerken und pflegt Partnerschaften mit 9 Schulen in drei Kontinenten. Seit 25 Jahren führt sie den gemeinsamen Unterricht für behinderte und nicht behinderte Kinder durch. Als „Schule für alle Kinder“ gelingt es ihr Vielfalt und individuelle Förderung so zu verbinden, dass kein Kind zurückgelassen wird. Bei Leistungsvergleichen, Schulabschlüssen und Schulinspektion erzielt die Schule Exzellenzergebnisse.

Die Schule hat zur Umsetzung der individuellen Förderung eine komplexe Organisationsstruktur entwickelt, deren Verwaltung insbesondere der Stellv. Schulleiterin / dem Stellv. Schulleiter obliegt.

Die Ausschreibung zielt daher besonders auf Bewerberinnen und Bewerber ab, die sich den genannten Schwerpunkten des Schulprogramms ebenfalls verpflichtet fühlen und an seiner Weiterentwicklung mitarbeiten wollen. Hinweise zur Schule finden sich unter www.gebonn.de.

Die Bundesstadt Bonn bietet einen hohen Wohn- und Lebenskomfort mit einem ausgezeichneten Kulturangebot.

Die Ausschreibung unter www.stella.nrw.de erfolgt im Februar/März.

Die Besetzung der Stelle erfolgt durch die Bezirksregierung Köln; die Bewerberinnen und Bewerber werden allerdings gebeten, sich zuvor in der Schulkonferenz der Schule vorzustellen. Die Schulpflegschaft bittet daher als Initiatorin der Ausschreibung in dieser Zeitung um Zusendung einer Kopie der Bewerbung.

Weiterer Hinweis:

Der Schulleiter der Schule bewirbt sich im Sommer 2009 um das Amt des Oberbürgermeisters der Stadt Bonn. Je nach Ausgang der Kommunalwahl würde im Anschluss die Stelle des Schulleiters / der Schulleiterin ausgeschrieben.

Integrierte Gesamtschule Bonn Beuel
Schulpflegschaft
Siegburger Str. 321
53229 Bonn

warten viele Teilnehmer aus Hamburg und Umgebung, andere Kongressgäste sind herzlich willkommen. Vormittags besteht Gelegenheit, eine von ca. acht Schulen zu Hospitationen zu besuchen. Die Hauptabsicht ist dabei, einen Einblick in die Arbeit der Schulen zu erhalten. Dabei steht der inhaltliche Schwerpunkt im Vordergrund (Individualisierung, Profilerbstufe, Lernbüro, Profilklassen, Lernbürojahrgangübergreifendes Lernen, Grundschule, Kooperative Lernformen, Projektunterricht, Kompetenzorientierung, fächerspezifische Fragestellungen ...).

Die ca. neun Workshops am Nachmittag sind unabhängig von den Hospitationen am Vormittag. Sie dienen der Vertiefung einzelner Aspekte der pädagogischen Praxis des individuellen Lernens (Kompetenzraster, Lernlandschaften, kommunikatives – individuelles Lernen, Kontinuität und durchgängige Prinzipien von 1–10, verschiedene fachliche Schwerpunkte ...). Sie werden am Sonnabend Vormittag teilweise wiederholt; dieses Angebot richtet sich an die Kongressteilnehmer, die an einem zweiten Workshop interessiert sind oder nicht bereits am Freitag teilnehmen können. Viele Hamburger Gesamtschulen haben bei der Weiterentwicklung des Gedankens der Schule für alle die Idee des selbst gesteuerten Lernens vorangetrieben und können auf gute Erfolge verweisen. So willkommen die Erfahrung vieler dieser Schulen jetzt bei der Umgestaltung der Hamburger Schullandschaft ist, ist andererseits diese Entwicklung nicht etwa Ergebnis einer gezielten offiziellen Schulpolitik, sondern sie ist der Initiative und dem Engagement der einzelnen Schulen, ja einzelner Kolleginnen und Kollegen zu verdanken. Umso ärgerlicher ist es, dass auf Grund der schwarz-grünen Übereinkunft gerade eine Reihe dieser Schulen in Langform (also mit einer Grundstufe als integralem Bestandteil) in ihrer Arbeit, ja ihrem Bestand gefährdet sind. Darunter befinden sich bei der Teilnahme am deutschen Schulpreis ausgezeichnete Schulen. Die Unterstützung dieser Schulen wird auch Thema des Kongresses sein.

Wenn dies auch kein „übliches“ Jubiläum ist, wollen wir diese 40 Jahre doch zum An-

LOTHAR SACK

Gemeinsam lernen – Tor zur Welt

Der 31. GGG-Bundeskongress in der Max-Brauer-Schule in Hamburg

Die GGG wird 40 Jahre alt. Kongressort wird die Max-Brauer-Schule in Hamburg-Bahrenfeld sein. Wir freuen uns darüber, dass die Schule die GGG zu diesem Kongress

eingeladen hat. Wir wissen, welche Arbeit ein solcher Kongress für die Schule bedeutet.

Das Freitags-Programm ist in erster Linie ein Fortbildungsangebot für die Region. Wir er-

lass nehmen, uns wieder international umzusehen. Deshalb haben wir Experten aus Finnland, Schweden, Dänemark, Südtirol und Polen eingeladen, um uns von ihnen über die aktuelle schulpolitische Situation und Entwicklung in ihren Ländern berichten zu lassen (am Sonnabend Vormittag alternativ zu den Workshops); es besteht Gelegenheit zur Nachfrage und Diskussion. Der bildungspolitische Aussage des Bundeskongresses wird dann im Rahmen unserer Hauptveranstaltung (am Sonnabend



Die Max-Brauer-Schule in Hamburg, Trägerin des Deutschen Schulpreises 2006

Nachmittag) vertieft in einem Beitrag von Hans-Günther Holtappels „Zur bildungspolitischen Situation in Deutschland“. Anschließend werden wir mit Bildungspolitikern der drei Parteien diskutieren, die die gemeinsame Schule für alle in ihre Länder- und Bundes-Parteiprogramme geschrieben haben: Bildungssenatorin Christa Götsch (GAL/Hamburg), Staatssekretär Wolfgang Meyer-Heesemann (SPD/Schleswig-Holstein) und Fraktionsvorsitzende Carola Bluhm (Die Linke/Berlin). Damit sind auch die drei Bundesländer vertreten, in denen derzeit der Schulstrukturumbau am konkretesten diskutiert und teilweise bereits realisiert wird. Für diese Diskussion stehen uns auch unsere internationalen Gäste zur Verfügung sowie Mitglieder der Hamburger Volksinitiative „Eine Schule für alle“. Moderieren wird die Veranstaltung Christian Füller (taz). Die Veranstaltung schließt mit einem Beitrag des Bundesvorsitzenden der GGG.

Am Freitag und Sonnabend Abend wird für ein Rahmenprogramm gesorgt. Die Barkassenfahrt am Freitag dient dem Gedankenaustausch der Teilnehmer. Sie ist selbstverständlich auch für die erst am Nachmittag

Gemeinsam Lernen – Tor zur Welt

31. Bundeskongress der GGG am 18. bis 20. September 2009 in der Max-Brauer-Schule Hamburg – Bahrenfeld

Vorläufiges Programm (Stand 15.02.2009)

Freitag, 18. September 2009

- 09:00 – 12:00 Hospitationen an Hamburger Schulen
- 12:00 – 15:00 Mittagspause
- 15:00 – 17:00 Workshops
- 17:00 – 20:00 Abendessen
- 20:00 – 22:00 Barkassenfahrt Kosten: 10 EUR (7 EUR bei Vorbuchung mit Kongressanmeldung)

Samstag, 19. September 2009

- 10:00 – 12:00 I. Workshops (teilweise Wiederholung vom Freitag)
II. Seminare zur aktuellen bildungspolitischen Situation in Nachbarländern
- 12:00 – 14:00 Mittagspause
- 14:00 – 18:00 Hauptveranstaltung
Grußworte
Vortrag: Zur bildungspolitischen Situation in Deutschland
Hans Günther Holtappels
Diskussion mit Bildungspolitikern, in- und ausländischen Experten und den KongressteilnehmerInnen
Christa Götsch (Bildungs-Senatorin HH, GAL)
Dr. Wolfgang Meyer-Heesemann (Staatssekretär SH, SPD)
Carola Bluhm (Fraktionsvorsitzende BE, Die Linke)
Moderation: Christian Füller (taz)
Schlusswort: Lothar Sack, Bundesvorsitzender der GGG
- 18:00 – 19:30 Abendessen
- ab 19:30 Kongressfest
(Gesprächsmöglichkeiten, Tanz und Kabarett in entspannter Atmosphäre) oder Hamburg nach individuellen Bedürfnissen

Sonntag, 20. September 2009

- 10:00 – 12:00 Mitgliederversammlung GGG-Bund

anreisenden Kongressteilnehmer gedacht. Der Samstag Abend dient dem entspannten Gespräch, ergänzt um Kabarett und Tanz. Wir freuen uns auf anregende Gespräche mit unseren internationalen Gästen. (Wer individuelle Aktivitäten in Hamburg vorzieht, hat Gelegenheit dazu.)

Mit dem Motto des Kongresses „Gemeinsam lernen – Tor zur Welt“ wollen wir die Bedeutung des gemeinsamen Lernens für die Welt-offenheit, die internationale Orientierung des Kongresses, aber auch eine Referenz an den Veranstaltungsort zum Ausdruck bringen. Am Sonntag findet traditionell die Mit-

gliederversammlung der GGG mit Wahlen zum Bundesvorstand statt.

Der Kongressbeitrag beläuft sich auf 45 € für GGG-Mitglieder, 90 € für Nichtmitglieder.

Die Anmeldung zum Kongress sowie die Einwahl in Arbeitsgruppen ist ab 1. Mai 2009 möglich (schriftlich oder per Mail an die Bundesgeschäftsstelle der GGG, Hauptstraße 8, 26427 Stededorf, geschaeftsstelle@ggg-bund.de) und wird mit der Überweisung des Teilnahmebeitrags (unter Angabe des Namens und der Mitgliedsnummer) auf das Konto der GGG 40001927, BLZ 2855000, Sparkasse LeerWittmund) verbindlich. ♦

SERIE

BIRGIT XYLANDER UND LOTHAR SACK

Organisationskizze Gesamtschule Winterhude Hamburg

Beschreibung der Schule

Adresse: Gesamtschule Winterhude, Meerweinstraße 26-28, D-22303 Hamburg
Tel. 040 4289840, Fax: 040 428 984 45,
e-Post: info@meerschwein.hh.schule.de,
web: www.gs-winterhude.de
Ansprechpartner: Martin Heusler (Schulleiter)

Art: Staatliche Schule, Gesamtschule mit Grundstufe.

Lage: Die Schule liegt in der Jarrestadt, einem in den 20-er Jahren gebauten nach den Plänen einer „Stadt im Grünen“ gebauten (Fritz Schumacher) Quartier im Hamburger Stadtteil Winterhude. Sie verfügt auf einem Schulgelände über mehrere Gebäude (Hauptgebäude (1930), verschiedene Pavillons (1954, 1995), Aula (1962), Turnhalle (1985)), einen Sportplatz (1961) und Freiflächen. Die Jahrgänge 0 bis 4, ein Teil der Jahrgangsstufe 5 bis 7 und einige Fachräume sind in den Pavillons untergebracht, die übrigen Klassen- und Fachräume befinden sich im fünfstöckigen Hauptgebäude.

Größe: Anzahl Schüler/innen ca. 800, Grundstufe (Jg. 0–4) ca. 200 in 10 Stammgruppen (2-zügig), Sekundarstufe I (Jg. 5–10) ca. 600 in 24 Stammgruppen (4-zügig); Anzahl Personal: ca. 60 Pädagog/en/innen, Sekretärinnen, Hausmeister.

Geschichte: Die Schule entstand im Jahr 1930 mit einem reformpädagogischen Ansatz: Koedukation von Jungen und Mädchen. Im Faschismus wurden die Jungen und Mädchen getrennt unterrichtet, die

Türen zwischen dem Mädchen- und dem Jungentrakt verschlossen. Nach dem 2. Weltkrieg wurde aus der Volksschule eine Haupt- und Realschule sowie eine eigenständige Grundschule; 1979 erfolgte die Umwandlung der Haupt- und Realschule zur Gesamtschule, seit 1988 werden Integrationsklassen eingerichtet. Ab 2003 begann die Umstrukturierung der Schule in jahrgangsgemischte Stufen. Seit 2005 ist die Grundschule (wieder) Teil der Schule. Eine eigene Oberstufe ist in Planung. Es gibt seit 2005 einen bilingualen Zweig Spanisch-Deutsch in der Sek 1. Mit dem Schuljahr 2009/10 ist die Schule in allen Teilen Ganztagschule.

Schülerschaft: Das Einzugsgebiet ist sozial gemischt, die Kinder kommen aus bis zu 30 verschiedenen Grundschulen in die Sekundarstufe 1, der Anteil von Migrantinnen und Migranten liegt derzeit bei ca. 20 % in den Jahrgängen 5–7.

Leitideen

Leitlinien für die pädagogische Praxis:

- Die Schule zielt auf ein Lernen in Zusammenhängen.
- Soziales Lernen und Teamfähigkeit werden gefördert.
- Jungen Menschen wird ein vielfältiges und differenziertes Bildungsangebot eröffnet, individuelle Lernwege werden berücksichtigt.
- Alle Beteiligten sorgen gemeinsam für eine gute Lernatmosphäre.
- Die PädagogInnen begleiten die Kinder und Jugendlichen mit intensiver Beratung und angemessener Wertschätzung.

- Die Kinder und Jugendlichen werden ermuntert, im Schulleben Bleibendes zu hinterlassen.
- Es gibt Freiräume, selbstverantwortetes Handeln auch ohne ständige Kontrolle auszuprobieren. (aus dem am 26.6.2007 verabschiedeten Leitbild der Schule)

Bausteine

Alle Jahrgänge in einer Schule: In der Schule befinden sich alle Jahrgänge vom Jahrgang 0 (Vorklasse) der Grundstufe bis zum Jahrgang 10 mit gemeinsamem Pädagogenkollegium und gemeinsamer Schulleitung.

Kleinere, möglichst selbstständige Einheiten, Teamstruktur: Die Schule ist in 3 Stufen gegliedert: Stufe 0–4 (mit 10 Klassen), Stufe 5–7 (mit 12 Klassen), Stufe 8–10 (mit 12 Klassen). In jeder Stufe bilden in der Regel vier jahrgangsgemischte Klassen ein Team mit einem zugeordneten Pädagogen-Team. Die Klassenräume eines Teams sind möglichst räumlich benachbart. Jeder Klassenraum ist gleichzeitig ein Fachraum, in dem sich das Material des jeweiligen Faches für die drei Jahrgänge befindet. In möglichst unmittelbarer räumlicher Nähe zu den Klassenräumen befinden sich auch Arbeitsräume des Lehrerteams

Integration: In jedem Team ist eine Klasse Integrationsklasse.

Alle Abschlüsse in einer Schule: An der Gesamtschule Winterhude können alle Abschlüsse vom Hauptschulabschluss bis zum Übergang in die gymnasiale Oberstufe erworben werden.

Jahrgangsmischung, kein Sitzenbleiben: Die Schüler lernen bis zum 10. Jahrgang in jahrgangsgemischten Klassen, die in der Regel 3 Jahrgänge umfassen. Ein Sitzenbleiben gibt es nicht.

Keine Noten bis Jahrgang 8: Die Feststellung und Beurteilung von Lernfortschritt

und -stand erfolgt bis Klasse 8 nicht mit den sonst üblichen Noten. Die für diesen Zweck entwickelten und benutzten Instrumente sind Logbuch, Zertifikate, Portfolio, Planungsgespräch, Bilanz- und Zielgespräch.

Tages-/Wochenstruktur: Der Tag beginnt für die Schüler in der Stufe 5–7 um 8:00 Uhr und endet um 16:00 Uhr (mittwochs um 14:30 Uhr). Er gliedert sich in folgende Elemente: Gruppenzeit (30'), KuBa/Sport (90'), Pause (30'), Projekt/Werkstatt (90'), Studierzeit/Planungsgespräche (30'), Mittagessen/offene Angebote/Ruhezeit (60'), Atelier/Übungszeit/Planungsgespräche (45'), Pause (15'), Werkstatt/Projekt (90'). Der Mittwoch Nachmittag steht den Lehrerinnen und Lehrern für Konferenzen zur Verfügung. Es gibt kein Pausensignal.

Gruppenzeit: Die tägliche Gruppenzeit mit dem Klassenlehrer dient der Diskussion aktueller Geschehnisse, der Frage der Woche, dem Präsentieren von Arbeiten aus anderen Bereichen in der eigenen Klasse. (Was wollen wir besprechen? – Die Neugierde befriedigen. Das Präsentieren üben.)

KuBa: KuBa (Kulturelle Basis) umfasst Basisbausteine aus den Bereichen Deutsch, Mathematik, Englisch und Gesellschafts-

lehre. Die Schüler entscheiden selbst, an welchen Tagen und wie oft sie die Fachräume der einzelnen Bereiche in den wöchentlich sechs dafür vorgesehenen Zeiten besuchen. Sie bearbeiten die vorgegebenen Bausteine oder auch individuelle Bausteine nach Absprache mit den Fachlehrern, die in den Fachräumen anwesend sind. Hat ein Schüler einen Baustein abgeschlossen, so zeigt er in einer Präsentation, einem schriftlichen oder mündlichen Test, einem Gespräch oder auf andere Art und Weise, dass er das Bearbeitete beherrscht. Den Zeitpunkt dafür legt der Schüler in Absprache und unter Beratung mit dem betreuenden Fachlehrer selbst fest. Besteht er einen Test nicht, so kann er diesen wiederholen. (Was will ich machen? – Das Lernen an Bausteinen. Das Lernen entlang meiner Bedürfnisse. Das Lernen nach meinem Leistungsstand.) Einmal wöchentlich findet zeitgleich Sport statt.

Projekte, Präsentationen; Kompetenzkurse: Die Projekte erstrecken sich über jeweils ca. 6 Wochen mit vier Terminen pro Woche. Die Themen werden von den Klassen für ihr Team vorgeschlagen und von den Klassensprechern der vier Klassen beraten und demokratisch beschlossen. In Kleingruppen recherchieren und forschen

die Schülerinnen und Schüler, häufig außerhalb der Schule, und bereiten ihre Präsentation vor, die im Allgemeinen nicht in der eigenen Klasse, sondern vor einem Publikum stattfindet, das selbst nicht am Thema gearbeitet hat. Die Schüler entwickeln unter Beratung durch die betreuenden Lehrer selbst eine Forscherfrage, so kann jedes Kind auf seinem Niveau arbeiten, seine Interessen weiter entwickeln und sein Wissen vertiefen und erweitern. Bei jedem Projekt muss ein anderer Zugang gewählt werden. So kann einmal ein musischer Zugang gewählt werden, beim nächsten ein historischer usw. Auch die Präsentationsform darf nicht immer die gleiche sein. (Was wollen wir machen? – Das Lernen in Zusammenhängen. Das Lernen im Team.) Zwischen den Projekten finden zweiwöchige Kompetenzkurse statt, in denen sich die Schüler wichtige Grundlagen für die Projektarbeit aneignen können.

Werkstätten: Werkstätten sind wahlpflicht-ähnliche Lernangebote, aus denen jeder Schüler nach bestimmten Regeln eine Auswahl treffen muss. In der Stufe 5–7 wählt jeder Schüler aus insgesamt etwa 30 Angeboten zweimal im Jahr jeweils zwei Werkstätten, die jeweils zweimal pro Woche stattfinden. Innerhalb der drei Jahre der

Stufe muss mindestens eine Werkstatt aus jedem der Bereiche Musisches, Darstellendes/Künstlerisches, Gesellschaftliches/Kulturelles (einschl. 2. Fremdsprache), Natur/Forschung/Technik und Bewegendes belegt werden. In der Stufe 8–10 wird eine Werkstatt für drei Jahre gewählt, je eine weitere für ein Jahr. (Was kenne ich noch nicht? – Das Kennenlernen neuer Bereiche.)

Studierzeit: Für das tägliche ‚Silentium‘ nehmen sich die Schüler Aufgaben

„Stundenplan“ ab dem 3.11.

Uhrzeit	Montag	Dienstag	Mittwoch	Donnerstag	Freitag
8.00 - 8.30	Gruppenzeit	Gruppenzeit	Gruppenzeit	Gruppenzeit	Gruppenzeit
8.30 - 10.00	KuBa und Sport*				
10.00 - 10.30 Pause					
10.30 - 12.00	Werkstatt	Projekt	KuBa und Sport	Werkstatt	Projekt
12.00 - 12.30	Studierzeit und Planungsgespräche				
12.30 - 13.30 Pause	Mittagessen / offene Angebote / Ruhezeit				
13.30 - 14.15	Atelier / Übungszeit / Planungsgespräche	Atelier / Übungszeit / Planungsgespräche	Tut / Klassenrat bis 14.30	Atelier / Übungszeit / Planungsgespräche	Atelier / Übungszeit / Planungsgespräche
14.15 - 14.30 Kleine Pause					
14.30 - 16.00	Projekt	Werkstatt	frei	Projekt	Werkstatt

* Jede/r Schüler/in hat einmal in der Woche Sport.



Das Hauptgebäude der Gesamtschule Winterhude

Schule oder woanders erworben haben. Ein woanders erworbenes Können muss dann nicht mehr an der dafür vorgesehenen Stelle in der Schule erarbeitet werden. Die Eltern sind gehalten, das Logbuch regelmäßig anzuschauen und zu unterschreiben.

Zertifikate, Portfolio: Jeder Schüler erhält für gezeigte Leistungen ein Zertifikat, keine Noten. Aus dem Zertifikat geht hervor, was der Schüler geleistet hat. Zusammen mit weiteren Arbeiten, auf die er stolz ist, sammelt er die Zertifikate im Portfolio. Im Logbuch trägt er in die entsprechende Liste ein, welche Zertifikate er bekommt.

Planungsgespräch: Alle zwei Wochen hat jeder Schüler und jede Schülerin ein individuelles Planungsgespräch mit dem Klassenlehrer oder der Klassenlehrerin. Hier wird Bilanz gezogen und es werden Vereinbarungen für die weitere Arbeit getroffen und im Logbuch festgehalten.

Bilanz- und Zielgespräch: Zweimal im Jahr sind die Eltern verpflichtet zum Bilanz- und Zielgespräch in die Schule zu kommen. Im „Drei-Experten-Gespräch“ Kind-Lehrer-Eltern schätzt das Kind die eigenen Lernfort-

schritte ein und nimmt sich neue Ziele vor. Grundlage dafür ist ein ausführlicher Bilanzbogen, den das Kind ausfüllt und seinen Fachlehrern zu deren Einschätzung vorlegt. Die Ergebnisse des Gesprächs werden im Protokoll im Logbuch festgehalten und eine Kopie zusammen mit dem Bilanzbogen im Schülerbogen abgeheftet. Erst am Ende des Schuljahres erhalten die Schüler bis Jahrgang 8 ein notenfrees Zeugnis, ab Jahrgang 9 auch Noten. In Jahrgang 9 und 10 nehmen die Schüler an den zentralen Abschlussprüfungen teil.

Winterhuder Gespräche: 2003 begannen mit der Vorstellung des Reformkonzeptes der Schule die „Winterhuder Gespräche“. Es sind öffentliche Veranstaltungen zu reformpädagogischen Themen, aber auch der konkreten Arbeit der Schule. Im Februar 2009 findet die 32. Veranstaltung statt. Träger war bisher der eingetragene Verein „Reformschule Hamburg“, künftig der Förderverein der Gesamtschule Winterhude.

Kommentar

Bei der Darstellung musste aus Platzgründen ein Kompromiss gefunden werden:

Die Darstellung benutzt als Ausgangspunkt Struktur und Bausteine der Stufe 5–7. Auf die Grundstufe (0–4) wird nicht im einzelnen eingegangen. Auch der zum Zeitpunkt dieser Niederschrift in einigen Schulteilten noch praktizierte Halbtagsbetrieb (Stufe 0–4, Stufe 8–10) bleibt unberücksichtigt. Die wesentlichen Besonderheiten der Stufe 8–10 werden dargestellt.

Die Strukturen und Inhalte wurden an der Gesamtschule Winterhude schrittweise verändert. Begonnen wurde mit der flächen-deckenden Einführung von Projektarbeit, da sie am besten dazu geeignet ist, dem Anspruch gerecht zu werden, die Kinder dort abzuholen, wo sie stehen, sie weder zu unter- noch zu überfordern, ihnen die Möglichkeit zu geben ihre eigenen Lernwege zu finden und zu gehen. Mit der Jahrgangsmischung wird dem Anspruch auf gegenseitiges Helfen beim Lernen, auf soziales Miteinander, gegenseitige Rücksichtnahme und Achtung anderer Rechnung getragen. Die Teamarbeit der Lehrer entlastet jeden einzelnen von ihnen und unterstützt darin, die Arbeit der ganzen Schule immer wieder kritisch unter die Lupe zu nehmen, Verbesserungen zu schaffen und notwendige Veränderungen durchzuführen.

Als letzte Schritte kamen die 2005 die Integration des Grundschulteils und kommt ab 2009 der Ganztagsbetrieb in allen Schulteilten hinzu. Und schließlich kann die Schule auf die Unterstützung der Elternschaft bauen, die intensiv an der Weiterentwicklung des Konzepts in Diskussionsveranstaltungen, in der Konzeptgruppe und natürlich in den Gremien beteiligt ist.

Kontakt und Quellen

Birgit Xylander (Abteilungsleiterin in der Gesamtschule Winterhude für die Jahrgänge 5 bis 7)

Ausführlicher informieren die Webseiten www.gs-winterhude.de (einschließlich Intranet) und www.reformschule-hamburg.de. ♦



URSULA HELMKE

Von Treibhäusern und Biotopen

Treibhäuser der Zukunft – wer kennt nicht wenigstens den Titel der Serie von Schulbeispielen, die Reinhard Kahl in Texten und Bildern sammelt. Er will Mut machen, die Fantasie und Eigeninitiative in den deutschen, durch PISA traumatisierten Schulen anregen. Seine unerschütterliche Überzeugung lautet: „Der Umbau der deutschen Schule hat begonnen. An den Fundamenten und in vielen pädagogischen Biotopen.“

So lange es beim Fundament – der überwiegend weiterhin gegliederten Schulstruktur – noch nicht ganz klappt, richten wir unseren Blick mit R. Kahl auf die Biotope, welche die Vielfalt der ihnen anvertrauten Schülerinnen und Schüler pfleglich behandeln, sie gedeihen und blühen lassen. Ihre Kulturen sind Gegenstand dieser Serie von nachahmenswerten Beispielen aus dem Kreis der gelingenden integrierten Gesamtschulen.

Lernen geschieht immer individuell

Das systematische Stichwort dieser Folge ist die Individualisierung des Lernens. Dass alle Lernenden in höchst unterschiedlicher Weise Wissen und Können aufnehmen und sich zu eigen machen, wenn man ihnen die Freiheit zur Differenziertheit lässt, ist mittlerweile eine Binsenweisheit. Aber die Umsetzung in die Praxis von Schule und Unterricht ist nach wie vor ein Problem. Der herkömmliche Frontalunterricht und das gleichgerichtete Voranschreiten in der Übermittlung gleicher Inhalte für alle übertragen sich nicht mit der Differenziertheit der Antennen und Lernvoraussetzungen der lernenden kleinen und großen Menschen. Dies bedeutet für die Praxis: Der Habitus der Lehrenden, die bislang noch weitgehend als Dozenten vor der Klasse agieren,

muss sich wandeln; ihre Perspektive muss sich entschieden auf die Schülerinnen und Schüler als Subjekte ihres eigenen Lernprozesses richten, dafür müssen die Lerninhalte und die Organisation des schulischen Lernens grundlegend reformiert werden. Eine Sisyphusaufgabe? In der Tat! Aber der Weg ist unausweichlich, und erste Schritte werden an vielen Schulen im Lande getan.

Bei der GGG-Tagung zur klasseninternen Differenzierung in Herford (Nov. 2008) wurde die Umgestaltung in der IGS Winterhude (s. Organisationsskizze in diesem Heft) dargestellt. Der Prozess dauert bis jetzt bereits 7 Jahre, und das Ergebnis fasziniert. Ein langer Atem war – und ist immer – notwendig, wo Rollenveränderungen stattfinden sollen, ein breit gefächertes Spektrum an Akteuren und „Kunden“ mit auf den Weg genommen werden muss und in den Köpfen aller Beteiligten sich altgewohnte Bilder von Schule, Lernen und Unterricht verändern müssen. Aber es gab und gibt keine Alternative, der Fortschritt ist zwingend notwendig.

Gut ist ein kleinschrittiger Beginn

An vielen Schulen ist mittlerweile Projektunterricht eingeführt, wenigstens als von Zeit zu Zeit willkommene Unterbrechung des Routine-Unterrichts. – Wo auch das nicht der Fall ist, sollte er dringend probiert werden!

Projektunterricht schließt an elementare Bedürfnisse der Schülerinnen und Schüler an: Sie können an der Auswahl von Inhalten beteiligt werden, haben in der Regel verschiedene Möglichkeiten des Zugangs und der Bearbeitung des Themas, können ihre Ergebnisse auf unterschiedliche Weise präsen-

tieren. Es versteht sich, dass diese Freiheiten die Motivation zur Arbeit und schließlich die investierte Arbeit und das Lernergebnis günstig beeinflussen. Der Arbeitseinsatz der Lehrerinnen und Lehrer wird dabei nicht geringer, aber die professionelle Rolle verändert sich, oft wird sie als bedeutend entspannter wahrgenommen. Lernberater und Lernberaterinnen entwickeln sich inmitten der Klasse und lösen den „spiritus rector“ vor der Klasse ab. Neigungen und Kompetenzen der Lernenden sind aufmerksam zu entdecken und zu entwickeln, Anregungen vielfältiger Art zu übermitteln, die Neugier, Kreativität und Zielstrebigkeit der Lernenden zu unterstützen. Und die Kommunikation unter allen Akteuren wird reichhaltiger und symmetrischer. Dies alles sind wichtige Zwischenschritte auf dem Weg zum eigenverantwortlichen Lernen der Schülerinnen und Schüler, in dem ihr Potenzial umfangreicher und befriedigender zum Zuge kommen kann als in zugemessen verabreichten Portionen im Gleichschritt.

Abzuheben ist dieser Vorschlag allerdings von dem mancherorts praktizierten „Projektunterricht“ als Notlösung von Schularbeit zwischen Zeugnis-Konferenzen und Ferienbeginn, wenn nichts anderes mehr gelingt als ein mehr oder weniger willkürliches Gemischtwaren-Angebot mit Wahloption. Projektlernen ist als ernsthafte Alternative zum lehrergesteuerten (Frontal-) Unterricht zu verstehen, bei dem die o.a. Aspekte zielstrebig verwirklicht werden. Dazu wird ein im Stundenraster verankerter Zeitraum benötigt, in dem die Methode ihren verlässlichen Platz hat. Vielleicht lässt sich „echter Projektunterricht“ aber auch aus der Notlösung vor Ferienbeginn heraus entwickeln, wenn die stärker selbst verantwortete Lernveranstaltung erfolgreich verlaufen ist.

Differenzierte Techniken bereichern das Lernen

Aus dem Projektlernen ergibt sich folgerichtig die Notwendigkeit, in der Erarbeitungsphase eines Themas verschiedene Techniken anwenden zu können, die erlernt bzw. ver-

vollkommen werden müssen, zum anderen sind die individuellen oder Gruppenergebnisse untereinander auszutauschen und dies nachvollziehbar und kurzweilig zu gestalten. Das heißt, es braucht auch Zeit, in der diese Techniken und Verfahren gezielt erworben und trainiert werden. Wiederum bedeutet die Ausweitung des Methodenrepertoires, dass unterschiedliche Lern- und Gestaltungstypen unter den Schülerinnen und Schülern ihre je eigenen bevorzugten Methoden herausfinden müssen und verwenden können.

Umgestaltung von Räumen und Zeiten

Es liegt auf der Hand, dass mit fortschreitender Einführung veränderter Arbeitsverfahren die Strukturen der Schule angepasst werden müssen, denn starre Raster im 45-Minuten-Takt stellen keinen angemessenen Rahmen für eine relativ komplexe Arbeitsweise in größeren Zusammenhängen dar. Ebenso wenig brauchbar sind bisher gebräuchliche Klassenräume, in denen der jeweils umfangreichere Arbeitsprozess stets unterbrochen und alles Material beiseite geräumt werden muss. Mit der Zeit entwickelt sich ein sehr verändertes Konzept für Räume und Zeiten, die im Laufe des Prozesses gemäß den standortspezifischen Bedürfnissen ähnlich denen an der Gesamtschule Winterhude umorganisiert werden können. Bemerkenswert ist die dortige Lösung, den Klassenräumen zugleich die Funktion von Fach-Arbeitsräumen für die Basisfächer (De, Ma, En, Gk) zuzuweisen, in denen gleichzeitig fachlich konzentrierte Arbeit wie auch die soziale Veranstaltung z.B. des Klassenrats ihren Ort hat. Vielleicht eine gute Art, fachlich konzentrierte Arbeit und die Sammlung der Arbeitsmittel mit der sozialen Gruppenverantwortung für den eigenen Raum zu verknüpfen.

Zu guter Letzt: die soziale Gruppe

Auf den ersten Blick mag es scheinen, als widerspreche die Extremmischung von jahrgangsübergreifenden Lerngruppen dem An-

spruch auf Individualisierung des Lernens. Der genauere Blick aber zeigt: Die vergrößerte Heterogenität durch Altersmischung verstärkt zugleich die Sozialität und die Individualität. Die Kleineren und Schwächeren aller vorhandenen Altersgruppen finden in den immer anwesenden altersgemäß oder körperlich bzw. intellektuell Größeren eher Hilfe und Unterstützung, die Größeren und Stärkeren können ihren Vorsprung nutzbringend einsetzen, nachdem sie zuvor im ständigen Fluss als einrückende Kleine selbst die Unterstützung der damals Großen erfahren haben. Alle erkennen im Wandel der Zusammensetzung ihrer Gruppe eigene Stärken und Schwächen und den sozial gewinnbringenden Umgang damit – für sich selbst und die Mitschüler und Mitschüle-

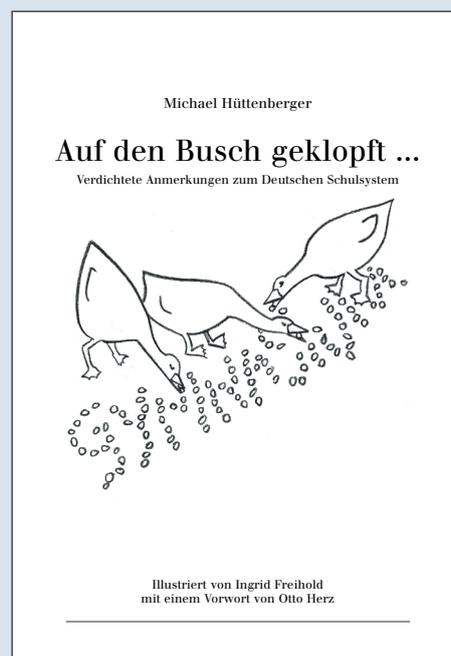
rinnen. Die so dringend benötigte soziale Kohärenz der Gesellschaft kann hier sehr effektiv gelernt werden und lässt die Schülerinnen und Schüler unmittelbar erfahren, wie viel Anregung und Hilfen, aber auch lehrreiche Auseinandersetzung durch die große Bandbreite der unterschiedlichen Kameraden und ihrer sozialen Hintergründe erlebt werden kann.

Fazit

Aus der Einsicht, dass sich unsere Schule in vielem ändern muss, kann der Mut zu ersten Schritten erwachsen, deren Erfolg und Befriedigung zur weiteren Reform anspornen wird. Gelungene Beispiele machen Mut und laden zum „Abgucken“ ein! ♦

Schulgeschichte – einmal anders

(whv) Wer sich in den vergangenen Jahren und Jahrzehnten bildungspolitisch engagiert hat und resigniert auf die aktuelle und verworrene Situation in unserer Republik mit ihren sechzehn Variationen der von Georg Picht einst beschriebenen immer noch währenden Bildungskatastrophe blickt, möge sich einfach mal entspannen, in einen Sessel setzen und sich Michael Hüttenbergers verdichtete Anmerkungen zum Deutschen Schulsystem „Auf den Busch geklopft...“ zu Gemüte führen. Bei allem Ernst der Lage ist es amüsant und irgendwie auch trostreich, sich auf diese Weise mit der Situation auseinander zu setzen und nicht den Humor zu verlieren. Die Illustrationen von Ingrid Freihold unterstreichen den Genuss.



Auf den Busch geklopft ...

Verdichtete Anmerkungen zum deutschen Schulsystem getextet von Michael Hüttenberger und illustriert von Ingrid Freihold mit einem Vorwort von Otto Herz

EttengruberVerlag KiWuB,
64367 Mühlital
brochert, 28 Seiten
Preis: 8,90 €
ISBN: 978-3-9810090-5-7



Überbordender Pragmatismus

Leserbrief von Frieder Bechberger-Derscheidt zum Kommentar von Joachim Lohmann „Hamburg braucht (k)eine Schule für alle!“ (Gesamtschul-Kontakte 4/2008)

Liebe Kolleginnen und Kollegen,

in aller Regel lese ich ja mit Zustimmung und Zufriedenheit die „Gesamtschul-Kontakte“. Der Kommentar von Joachim Lohmann auf der letzten Seite der aktuellen Ausgabe ist aber offensichtlich von der Redaktion ohne größeres Nachdenken durchgewunken und nicht problematisiert worden. Anders kann ich mir seine Veröffentlichung nicht erklären. Oder ist die Redaktion tatsächlich der Meinung, die Volksinitiative „Hamburg braucht eine Schule für alle“ so abwatschen zu müssen, wie Joachim Lohmann in überbordendem Pragmatismus dies hier vorführt? Einmal abgesehen davon, dass er alle, die diese Initiative wollten – auch ich wollte sie und habe sie deshalb zusammen mit vielen anderen honorigen und bildungspolitisch erfahrenen Menschen unterschrieben – als kleine Dummerchen hinstellt, die von politischer Strategie (und Taktik) nichts verstehen, nimmt er zudem die SPD und die Grünen vollkommen aus der Verantwortung des Scheiterns der Initiative.

Es lässt sich doch mindestens mit der gleichen Berechtigung fragen, warum die SPD ganz pragmatisch – sie war ja zum Zeitpunkt der konkreten Umsetzung der Volksinitiative nicht mehr in der Regierung –, vor allem aber auf Grund der Beschlusslage des

Hamburger Parteitages vom Oktober 2007 nicht von sich aus auf die GEW hätte zugehen können, ja müssen. Dort hat die SPD in ihrem neuen Grundsatzprogramm beschlossen, dass sie eine gemeinsame Schulzeit aller bis zur 10. Klasse will, also genau das, was die Volksinitiative erreichen wollte.

Ähnliches ist im Verhältnis zu den „Grünen“ zu sagen. Lohmann kann doch nicht ernsthaft verlangen, den Schwarz-Grünen-Koalitionskompromiss als für die Volksinitiative unterstützenswert anzusehen. Auch hier ist eher das Umgekehrte zu verlangen.

Ich denke, nur so „wird ein Schuh daraus“. Offensichtlich kann sich Joachim Lohmann als SPD-Politiker überhaupt nicht vorstellen, das umzusetzen, was die Partei recht einmütig vor gerade mal einem Jahr beschlossen hat. Für ihn gibt es nur die tapsigen Fundis, die durch ihr stures Vorgehen die potentielle Regierungsfähigkeit der SPD in Hamburg riskieren wollten. Der Schuldige des Scheiterns steht für ihn fest.

Aus der gesamten Herleitung seiner „Argumentation“, warum nichts als das Scheitern der Initiative hat passieren können, lässt sich eine kaum erträgliche Überheblichkeit und daraus folgenden Besserwisserei ableiten, zu der offensichtlich nur jemand fähig ist, für den Politikfähigkeit ausschließlich auf die

Frage reduzierbar ist, was gerade machbar ist.

Das Ergebnis von Hamburg ist enttäuschend. Wer wollte das bestreiten? Aber deshalb die erreichte Zustimmung von über 51 000 Stimmen mit „nur gut 51 000 Stimmen“ abzutun, statt dies zum Anlass zu nehmen, in der GGG-Zeitung eine Debatte fortzusetzen, wie dies – möglicherweise andernorts – besser gemacht werden kann, geht es Lohmann in seiner conclusio lediglich um die abstrakte Regierungsfähigkeit von Parteien allgemein.

Nur zur Erinnerung: Die hessische SPD war mit ihren – im Vergleich zu Lohmann – visionären bildungspolitischen Vorstellungen ja sehr erfolgreich, gerade mit ihrer Bildungspolitik hat sie gepunktet. Mit der Forderung nach längerem gemeinsamen Lernen kann man sehr wohl Wahlen gewinnen. Das hessische Scheitern hat ja wohl andere Gründe. Man muss dann aber seinen hasenfüßigen und gedankenlosen SPD-Pragmatismus mindestens in Frage stellen. Vor allem aber sollte man diejenigen, die die empirischen Befunde von PISA und – aktuell – von IGLU ernst nehmen und sie in konkrete Politik umsetzen wollen, nicht derart arrogant anmotten, wie in diesem „Kommentar“ kalt aufgeschrieben.

Es hätte den „Gesamtschul-Kontakten“ gut angestanden, einen der Initiatoren der Volksinitiative zu Wort kommen lassen, statt Lohmanns ausbremsenden Kommentar zu veröffentlichen. Selten habe ich in der GGG-Zeitung etwas zur eigenen Zielsetzung so Kontraproduktives gelesen. Ich hoffe auf Besserung.

Mit freundlichen Grüßen
Frieder Bechberger-Derscheidt ◆

Realismus statt Kleinmut

Joachim Lohmanns Antwort auf Frieder Bechberger-Derscheidt

Lieber Frieder Bechberger-Derscheidt,

Du hast in Deinem Kommentar mit Galle gespuckt. Doch um die gemeinsame Schule für alle zu verwirklichen, genügt nicht die Gesinnung, es zählt der Erfolg. Wer den

Erfolg will, muss Niederlagen analysieren, damit sich diese nicht wiederholen.

Zwischen uns bestehen Auffassungsunterschiede, aber es sind nicht die, welche Du unterstellst. Wir unterscheiden uns nicht in der Konzeption für die gemeinsame Schu-

le für alle, ich gehe inzwischen deutlich darüber hinaus, indem ich zusätzlich eine reformierte gymnasiale Oberstufe für alle vertrete.

Der Unterschied besteht ebenfalls nicht im Engagement, habe ich doch nicht nur als Stadtschulrat die schulpolitischen Möglichkeiten weidlich zu Reformen ausgenutzt,

sondern mich darüber hinaus mit meiner eigenen Partei bei der Gesamtschul-Politik reichlich angelegt. Glaubst Du, ich verrate Positionen, die ich als Bundesvorsitzender der Gemeinnützigen Gesellschaft Gesamtschule jahrelang vertreten habe?

Die Unterschiede bestehen nicht in der Zielsetzung, der Konzeption oder dem Engagement, sie bestehen in der Strategie. Nach 40-jähriger Gesamtschul-Politik in den Bundesländern brauchen wir endlich eine neue, realistische Strategie für einen großen Reformschritt.

Wer diesen Schritt will, muss über die Strategie streiten, denn sie entscheidet über Erfolg und Misserfolg. Jeder von uns muss um des Erfolges willen auch Niederlagen analysieren. Das Scheitern der Hamburger Volksinitiative war eine Niederlage, sie hat uns zurückgeworfen, sie darf sich nicht wiederholen. Es wäre ein Zeichen von Schwäche, wenn man die Niederlage und ihre Gründe vertuschen wollte.

Der Unterschied in der Strategie besteht darin, dass Du glaubst, die gemeinsame Schule für alle in einem Schritt jetzt oder in absehbarer Zeit realisieren zu können. Diese Fundamentalstrategie ist für mich unter den jetzigen Bedingungen illusionär.

Nun hältst Du mir den SPD-Wahlkampf in Hessen entgegen. Doch die SPD Hessen hat wegen des gesellschaftlichen und politischen Widerstandes ihre bildungspolitischen Ziele sowohl im Wahlkampf als auch in der rot-grünen Koalitionsvereinbarung zurückgenommen. Ihr zufolge sollte die Hauptschule auslaufen und neben Realschule und Gymnasium eine neu gestaltete Schulform Sekundarstufe I treten, die auf äußere Differenzierung verzichtet und bis zur Hochschulreife führt; damit wäre eine neue Dreigliedrigkeit entstanden.

In Bezug auf Hamburg entgegnet Du, dass ein Erfolg der Volksinitiative bei einer Unterstützung durch SPD und Grüne möglich gewesen wäre. Das Problem aber ist, dass die Volksinitiative das Plebiszit weiter beförderte, obwohl die SPD das Anliegen ablehnte. Ja, sie betrieb ihr Anliegen auch dann weiter, als die schwarz-grüne Koalitionsvereinbarung

zustande gekommen war. Damit entfielen auch die Grünen als Bündnispartner. Ohne die politische Unterstützung der Parteien war für mich das Scheitern des Plebiszits ausgemacht - nicht unbedingt auf der zweiten Stufe, aber in jedem Fall auf der dritten Stufe. Die Verantwortung für dies Ergebnis muss schon die Volksinitiative selbst tragen. Nun hast Du entgegnet, SPD und Grüne hätten eine Verpflichtung gegenüber ihren eigenen schulpolitischen Zielsetzungen gehabt, die Volksinitiative zu unterstützen. Ich gebe Dir Recht, dass beide Parteien jahrelang die strategischen Möglichkeiten für eine Gesamtschulpolitik nicht ausgeschöpft haben. Aber man kann von ihnen nicht verlangen, eine Politik zu vollziehen, die weitere legitime Interessen von ihnen verletzt. Legitime Anliegen der Parteien - besonders ihrer Fraktionen und Regierungen - sind unabhängig von ihren Zielen die Durchsetzbarkeit eines Reformschrittes und der Erhalt der Regierungsfähigkeit. Das bedeutet gerade nicht das Aufgeben von Zielen, sondern nur die Notwendigkeit, Strategien und Zwischenschritte zu entwickeln. Die Hamburger SPD hatte frühzeitig erklärt, dass sie die gemeinsame Schule für alle jetzt nicht für durchsetzbar hielt.

Wie bitter recht sie hatte, zeigt das Beispiel Schleswig-Holsteins. In Schleswig-Holstein wird die gleichberechtigte Zweigliedrigkeit - neben wenigen Regionalschulen - eingeführt. Dabei verzichten die Gemeinschaftsschulen auf äußere Leistungsdifferenzierung, bieten alle Abschlüsse der Sekundarstufe I an und haben die Möglichkeit einer eigenen gymnasialen Oberstufe, sie sind also Gesamtschulen im besten Sinne. Die Durchsetzung dieser Reform in Schleswig-Holstein findet die bestmöglichen politischen und gesellschaftlichen Voraussetzungen: Denn von den 5 im Landtag vertretenen Parteien sind nur die FDP, von den Lehrerverbänden nur der Realschullehrerverband, kein Landeselternbeirat und kein Wirtschaftsverband gegen die Reform. Auch die Medien verhalten sich neutral. Es sind auch keine nennenswerten bildungspolitischen Fehler aufgetreten.

Dennoch sind nach einer Repräsentativbefragung von Dimap im Auftrag der FDP 51 % der Wahlberechtigten mit der Schulpolitik unzufrieden, nur 21 zufrieden, 61 % wollen die Realschule erhalten, nur 28 % auf sie verzichten, und 59 % würden das Abitur über das Gymnasium und nur 23 % über die Gemeinschaftsschule ablegen wollen. Selbst unter diesen politisch und gesellschaftlich bestmöglichen Umständen ist also die Ablehnung hoch. Die Öffentlichkeit lehnt eine Schulreform überwiegend nicht abstrakt ab, sondern konkret, bei den Schwierigkeiten und Widerständen im Vollzug.

Der Vorteil in Schleswig-Holstein ist, dass die politische und gesellschaftliche Unterstützung für die Schleswig-Holsteinische Volksinitiative fehlt. Diese wird weder ein Plebiszit zum Erfolg noch eine Partei zum Umfallen führen können. Wäre dagegen die CDU in der Opposition, selbst die jetzige Reform wäre mit Sicherheit gescheitert. Unvorstellbar wäre das Desaster, hätte die SPD die gemeinsame Schule für alle jetzt in Schleswig-Holstein einführen wollen. Die CDU wäre als Koalitionspartner ausgefallen und die politische und gesellschaftliche Gegenmobilisierung wäre erdrückend.

Dennoch findet die Fundamentalstrategie Anhänger - vor allem wegen der Ablehnung der Zweigliedrigkeit. Nicht wenige befürchten, diese könne sich auf Dauer etablieren und unüberwindbar bleiben.

Die Befürchtung ist meines Erachtens kleinmütig und unhistorisch. Allein die Gesamtschule hat in den letzten 40 Jahren erfolgreich dazu beigetragen, das gegliederte Schulwesen zu verändern:

- **1. Erfolg:** Die Gesamtschule konnte sich trotz heftigster bildungspolitischer Konfrontation in den alten Ländern aus der rechtlich schwächsten Position der Versuchsschule befreien. Sie wurde Regelschule - in Baden-Württemberg und Bayern allerdings nur als Schule der besonderen Art. Jetzt kann sie in keinem westlichen Bundesland mehr durch einen reinen Verwaltungsakt aufgehoben werden. Diese Statusverän-

derung der Gesamtschule – früher nicht unumstritten – wird inzwischen von den Gesamtschul-Anhängern generell befürwortet. Damit entstand neben dem Sonderschulwesen eine viergliedrige Schulstruktur. Innerhalb der Viergliedrigkeit ist die Gesamtschule mit 8 % der Achtklässler die bundesweit schwächst besuchte Schulform geblieben, nur in den drei Stadtstaaten schaffte sie es nach dem Gymnasium auf Platz 2.

- **2. Erfolg:** Mit der Wende wurde in Ostdeutschland eine vertikale Schulgliederung eingeführt. Sachsen preschte vor: Der aus Nordrhein-Westfalen kommende Staatssekretär wollte die ihm bekannte Strukturdebatte um die Gesamtschule vermeiden, indem er die größte Schwäche des gegliederten Schulaufbaus beseitigte: es schuf mit der integrierten Mittelschule anstelle von Haupt- und Realschule eine ungleiche Zweigliedrigkeit.
- **3. Erfolg:** Diese ungleiche Zweigliedrigkeit war nicht stabil, weil sie bei einer Ungleichheit der Bildungschancen stehen blieb. Die Gesamtschule setzte sich in den neuen Ländern sowie im Saarland als weitere Regelschule durch. Das gilt auch für Sachsen seit der schwarz-roten Koalition, allerdings hat hier die Gesamtschulen den Status der Versuchsschule. So entstand in den neuen Ländern und im Saarland eine neue Dreigliedrigkeit.
- **4. Erfolg:** Der vertikale Schulaufbau ist instabil: So geht der Besuch der Hauptschule fast stetig zurück, bedingt durch den gestiegenen Bildungswillen, die demografische Entwicklung und besonders in den Stadtstaaten vor allem durch die Errichtung und den Besuch der Gesamtschule. Darauf reagierte zunächst Schleswig-Holstein, es folgen jetzt die Stadtstaaten, indem sie die Haupt- und Realschule zugunsten einer Gesamtschule – unter verschiedenen Namen, im Folgenden Gemeinschaftsschule genannt – aufheben. (Eine nicht ganz so weit gehende Schulreform ist in Rheinland-Pfalz angelaufen). Die Gemeinschaftsschule

– bundesweit derzeit noch die schwächst besuchte Schulform – ersetzt sowohl die Haupt- als auch die Realschule. In Schleswig-Holstein wird es erstmalig in Deutschland ab kommendem Schuljahr mehr Gemeinschaftsschulen als Gymnasien geben. Die Viergliedrigkeit wird durch eine Zweigliedrigkeit – ohne das Sonderschulwesen – ersetzt. Die Gesamtschule wird in diesen Ländern zur stärksten besuchten Schulform werden. Das ist der bisher größte Erfolg der Gesamtschule.

Die sich jetzt entwickelnde Zweigliedrigkeit wird auch dann, wenn sie sich generell durchsetzt, ebenso wie die oben genannten Schulstrukturen nicht stabil sein. Zwar werden sich Chancengleichheit und soziale Integration in der Zweigliedrigkeit gegenüber der Vielgliedrigkeit verbessern, aber mit einer gemeinsamen Schule für alle wäre mehr erreichbar. Deutschland wird sich mit der Zweigliedrigkeit dem internationalen Bildungswettbewerb stellen müssen, und internationale und nationale Vergleichsun-

tersuchungen werden weiter stattfinden. Mit Hilfe gesellschaftlicher und politischer Bündnispartner wird die Schulreform weitergehen. Dabei hat die Gemeinschaftsschule ab jetzt in der Funktion der Mehrheitschule die Chance, ihre Leistungsfähigkeit in der Breite nachzuweisen, noch bestehende Vorurteile abzubauen und ihr Ansehen in der breiten Öffentlichkeit zu steigern. In dem ländlichen Raum sowie in den Stadttrandzonen wird sie stärker präsent sein als das Gymnasium und damit den Creaming-Effekt verringern. Unter diesen Voraussetzungen lässt sich künftig die gemeinsame Schule für alle durchsetzen.

Jetzt sollten wir alle den Kleinmut überwinden und die Chancen einer gleichgestellten Zweigliedrigkeit ergreifen, fördern und unterstützen und schon jetzt weitere Schritte einleiten, die eine weitere Angleichung bewirken.

Joachim Lohmann ♦

Wie in den vergangenen Jahren war die GGG als Gast am GEW-Stand mit einer eigenen „Ecke“ präsent. In vielen Gesprächen mit den Besuchern – Eltern, Studierenden, ReferendarInnen, KollegInnen und ExpertInnen – wurde über die Sinnhaftigkeit und Notwendigkeit längeren gemeinsamen Lernens für alle Kinder und Jugendlichen informiert und diskutiert. Präsentationen von neun Gesamtschulen aus Hannover und Umgebung zeigten Beispiele konkreter Gesamtschularbeit.



Im Bild von links: Karl-Heinz Uflerbäumer, Ulrike Kaidas-Andresen im Gespräch mit Dr. Joachim Lohmann sowie Mitglieder der Schülerfirma „Imkereei“ von der Gesamtschule List in Hannover, die den Besuchern ihr Projekt vorstellten und leckeren Honig an die Frau und den Mann brachten.

AUS DEN LÄNDERN

BERLIN

Nun ist er als Senatvorlage da, der offizielle Vorschlag des Senators für die „Weiterentwicklung der Berliner Schulstruktur“; Ende März / Anfang April ist mit der parlamentarischen Entscheidung zu rechnen. Sehr viel Zeit für Änderungen ist nicht mehr. Diese wären dringend erforderlich!

Es war bekannt, dass es eine Schulform neben dem Gymnasium geben soll, in der Haupt-, Real- und Gesamtschule aufgehen sollen, jetzt „Sekundarschule“ genannt. Der neue Name überzeugt auch nicht, signalisiert aber, dass die mit der Gemeinschaftsschule angestrebte Langform (mit Grundstufe) nicht ernsthaft verfolgt wird. Eine inhaltliche Begründung für das Heraushalten des Gymnasiums aus den Strukturüberlegungen gibt es nicht. Für die Zugangskriterien zum Gymnasium – ein Prüfstein der Gleichwertigkeit der Schularten – zeichnet sich ab, dass der Senator eine „harte“ Regelung bevorzugt: Notendurchschnitt 2,0 in den „Hauptfächern“; die Rückwirkungen auf die Grundschulen wären kontraproduktiv. Die Gymnasien am Abbau der sozialen Selektivität unserer Schulen zu beteiligen, ist nicht in Sicht; das sollen die „Sekundarschulen“ alleine richten. Gleiches gilt für die Integration von „Förderschülern“, das Gymnasium bleibt „inklusionsfreie Zone“. Die sonderpädagogischen Förderzentren gibt es weiterhin trotz des Inkrafttretens der „Convention on the Rights of Persons with Disabilities“: Inklusion ist nicht. Noch etwas: Die Sekundarschulen sollen mindestens vier- bis sechszügig sein; ohne inhaltliche Begründung werden kleinere, überschaubare Organisationsformen verboten, nicht aber kleine Gymnasien.

Positives? Die Sekundarschule wird Ganztagschule. Der Weg zum Abitur ist integrierender Bestandteil, sie ist also auch Konkurrenz zum Gymnasium. Das wiederum muss seine einmal aufgenommenen Schüler behalten.

Und die Pilotphase Gemeinschaftsschule wird weitergeführt und ausgebaut; das war wohl das Mindeste, was man dem kleineren Koalitionspartner zugestehen musste.

Es befremdet, dass bei einer rot-roten Koalition – beide Parteien haben die „gemeinsame Schule für alle“ beschlossen –, nicht mehr herauskommt als bei Schwarz-Rot in Schleswig-Holstein oder bei Schwarz-Grün in Hamburg. Es gibt offensichtlich einen Unterschied zwischen der Papier-Programmatik politischer Parteien und dem faktischen Handeln ihrer Spitzenpolitiker.

LOTHAR SACK

BREMEN

Wer nach der Bürgerschaftswahl im Mai 2007 gehofft hatte, dass die rot-grüne Koalition nach der achtjährigen rot-schwarzen Bildungsagonie das in den Wahlprogrammen prognostizierte längere gemeinsame Lernen für alle Schülerinnen und Schüler nach skandinavischem Vorbild realisieren würde, ist frustriert und enttäuscht.

Sah das Schulgesetz von 1975 als Ziel für die Bremische Bildungspolitik eine integriertes Schulwesen mit der Orientierungsstufe als erstem Schritt vor, so hatte der systematische Rückzug von dieser Perspektive (bis zur Wiedereinführung der Schülerselektion in der 4. Klasse zu Willi Lemkes und Bernd Neumanns Zeiten) vor der genannten Wahl Hoffnungen geweckt.

Alle Aktivitäten von GGG, GEW und ZEB („Zentraler Elternbeirat“) während der Sondierungsphase, der Koalitionsverhandlungen und der Beratungen des „Fachausschusses“, die Regierungsparteien an ihr ursprüngliches Bekenntnis zu erinnern, liefen ins Leere. Noch vor den Empfehlungen des Fachausschusses erklärten im Oktober 2008 die Landes-Parteigremien von

SPD und Bündnis 90/Die Grünen nahezu einstimmig, dass in Bremen künftig nach der Grundschule die Kinder ins Gymnasium (Abitur nach 8 Jahren) oder in die Oberschule (alle Abschlüsse, Abitur nach 9 Jahren) aufgeteilt würden. Wobei es bei den Oberschulen welche ohne eigene und welche mit eigener Oberstufe geben soll. Längeres gemeinsames Lernen ist demnach in Gymnasien und Oberschulen mit Oberstufe möglich, ab Klasse 5 versteht sich. Für die Aufnahme zum Gymnasium sind SchülerInnen vorgesehen, deren Leistungen über dem Regelstandard liegen. Die Gesamtschulen werden zu Oberschulen.

Dieser hier in aller Kürze dargestellte Gesetzentwurf befindet sich bis zu den Osterferien im Beteiligungsverfahren und soll zum kommenden Schuljahr in Kraft treten.

Anzumerken ist noch, dass in der Stadtgemeinde Bremerhaven, das Bündnis „Eine Schule für Alle“ für einen Einwohnerantrag die notwendigen 2.500 Unterschriften gesammelt und dem Stadtverordnetenvorsteher überreicht hat. Die Bündnispartner verfolgen inhaltlich mit dem Antrag das Ziel eines gemeinsamen Lernens aller Kinder und Jugendlichen bis zur 10. Klasse. In ihrem Antragstext beziehen sie sich dazu u.a. auf die Kriterien eines integrierten Stufenschulsystems, differenzierter Unterrichtsformen und einer stadtteilorientierten Ganztagsbeschulung. Eindeutig ist auch der Verweis auf die Notwendigkeit einer entsprechenden Mittel- und Personalausstattung sowie die Einforderung einer demokratischen Schul- und Unterrichtsentwicklung.

Drei Sprecher des Bündnisses werden ihre Argumente in der Stadtverordnetenversammlung vortragen und die Verwaltung mit Nachdruck auffordern, die organisatorischen Voraussetzungen für die Einführung einer Schule für alle Kinder und Jugendlichen durch die Schaffung der notwendigen Strukturen zu schaffen.

WOLFGANG VOGEL

BADEN-WÜRTTEMBERG

Berichte aus einem konservativen Bundesland wie BW hören sich – so fürchte ich – oft an wie Frontberichte über einen Grabenkrieg.

Selbst über längere Zeiträume betrachtet erkennt man kaum Bewegung an der Front, es sei denn, man interpretiert das Vorrücken an einem Frontabschnitt, bei gleichzeitigem Rückzug an einem anderen, als Bewegung (so ähnlich liest sich das übrigens auch in der neuesten IGLU-Studie, in der dem Land in der Bildungspolitik „fehlende Dynamik“ vorgeworfen wird).

Tatsächlich passieren da merkwürdige Dinge.

Das ewige Mantra der CDU war bis 2007: „Die Hauptschule hat sich bewährt und muss erhalten bleiben“. Darüber wurde nicht diskutiert.

Dann geriet die Regierung durch Anträge aus CDU-geführten Kommunen unter Druck, die verlangten Haupt- und Realschulen zusammenzulegen. Das wird zunächst abgelehnt. Der Druck steigt aber weiter, weil den Hauptschulen die Schüler ausgehen und die Vorhaltung solcher Schulen für so wenige Schüler den Gemeinden zu teuer wird.

Kultusminister Rau sucht darauf hin 20 Realschulen, die bereit wären, sich mit Hauptschulen zusammenzuschließen. Die finden sich aber nicht freiwillig. Unter entsprechendem Druck – jetzt von oben – finden sich endlich 19 Schulen, die das Experiment wagen wollen.

Kaum ist dieses Projekt angelaufen, ändert sich die Strategie schon wieder und es wird eine neue Schulart aus der Taufe gehoben, die „Werkrealschule“. In ihr soll Schülern sowohl der Realschul- als auch der Hauptschulabschluss ermöglicht werden.

Ganz neu dabei: Einzügige Hauptschulen blieben erhalten!

Die Vorwärtsbewegung Richtung Werkrealschule wird im gleichen Augenblick wieder mit dem Rückwärtsgang – dem Erhalt der kleinen Hauptschulen – konterkariert.

Das alles ist schwer verständlich und macht es auch für Experten schwierig zu erkennen, wie viele Schularten es in BW in diesem Augenblick eigentlich gibt. Die Meinungen gehen da auseinander. Kollegen von mir sagen, die Werkrealschule gäbe es faktisch schon seit 15 Jahren, weil gute Hauptschüler auch an einer Hauptschule eine Realschulprüfung machen könnten und nennen das Ganze einen „Etikettenschwindel“ (Pressemitteilung der GEW, 2008).

Meine Lesart geht aber so:

Wir haben in BW eine Schulart mehr dazu bekommen.

Zu der weiterhin existierenden Realschule kommt jetzt die Werkrealschule hinzu, wobei die Hauptschule, wie klein sie auch immer sein mag, aus (ideologischen Gründen?) einfach weiter mitgeschleppt wird.

Während andere Bundesländer versuchen endlich europäische Standards im Bildungswesen zu erreichen und die Zahl der Schularten zu verkleinern, marschiert BW unbeirrt und glaubensfest in entgegen gesetzter Richtung.

Einziger Hoffnungsschimmer ist, dass in BW die CDU die einzige und hoffentlich auch die letzte Partei ist, die in der Vielgliedrigkeit des Schulsystems das Heil sucht.

JÜRGEN LEONHARDT

HAMBURG

Ein erfreuliches Ergebnis für die Gesamtschulen

Die ersten Ergebnisse der Anmelderunde für die weiterführenden Schulen zum Schuljahr 2009/2010 liegen vor. Sie bestätigen den Trend der letzten Jahre eines stetigen Anstiegens der Gesamtschulen. Der Anteil der integrierten und kooperativen Gesamtschulen ist mit 36% der Anmeldungen so hoch wie in keinem Jahr vorher.

Ein für die Gesamtschulen so erfreuliches Ergebnis konnte angesichts der laufenden Schulstrukturdebatte in Hamburg nicht

unbedingt erwartet werden. Da der Zugang zum Gymnasium in den kommenden Jahren reglementiert werden soll, hätte es nahe gelegen, dass mehr Eltern ihre Kinder für Gymnasien anmeldeten, als es tatsächlich getan haben. Die Gesamtschulen haben sich auch in der neuen Situation als eine Schulform behauptet, die eigentlich nicht wegzudenken ist.

Für den Schülerjahrgang, der zum Schuljahr 2009/2010 in die Gesamtschule eintritt, konnten die Eltern sicher sein, dass diese Schülerinnen und Schüler noch nahezu uneingeschränkt nach den bewährten pädagogischen Standards der Gesamtschule durch die Klassen 5 bis 10 und anschließend zum Abitur geführt werden. In der Gesamtschule steht die individuelle Entwicklung und Förderung der Schüler und Schülerinnen aller Begabungsrichtungen und Leistungsstärken, unterschiedlicher sozialer und ethnischer Herkunft im Mittelpunkt. Ein breites Wahlpflichtangebot ermöglicht dem Einzelnen eine individuelle Schwerpunktsetzung. Der Zugang zu allen Abschlüssen bleibt offen; Sitzen bleiben findet nicht statt.

Wie auch immer die künftige Struktur des Hamburger Schulwesens aussehen mag, diese und andere pädagogischen Standards müssen auch und vor allem in einer Stadtteilschule erhalten bleiben, wenn sie erfolgreich sein und die Chance behalten will, einmal zu einer Schule für alle zu werden.

JÜRGEN RIEKMANN

SAARLAND

2009 ist Wahljahr, es wird ein neuer Landtag gewählt.

Wahlgeschenk der allein regierenden CDU ist die Einführung eines Ausleihesystems für Schulbücher, grundsätzlich sehr sinnvoll und längst überfällig – aber überhastet für 2009 eingeführt, in der Organisation wenig durchdacht und nicht abgespro-

chen. Sollen die Schulen doch sehen, wie sie klar kommen!

Ein weiteres Wahlgeschenk – auch hier mit extrem heißer Nadel gestrickt – ging zu Beginn des Schuljahres an die Erweiterten Realschulen.

Hintergrund: Bei den Anmeldungen gibt es seit Jahren eine Abstimmung mit den Füßen gegen diese Schulform (Für Nichtsaarländer: ERS, kombinierte Haupt- und Realschule, Streaming in zwei Zweigen ab 7).

In einen landesweiten Modellversuch (sic!) wurden an allen ERSen die Durchlässigkeit erhöht und in 10 zusätzlich „Abiturkurse“ eingeführt. Im Zuge dieser „Gleichstellung“ mit den Gesamtschulen wurden im Dezember Oberstufenverbände eingerichtet, was heißt, dass jeder ERS gymnasiale Oberstufen von Gymnasien bzw. beruflichen Gymnasien als Kooperationspartner zugewiesen wurden, so dass den Eltern bei

der Anmeldung schon gesagt werden kann, wo ihr Kind Abitur machen soll.

Dass im Zuge dieser Angleichung der Schulformen die bestehende Oberstufenstruktur an Gesamtschulen zerstört und die große Mehrheit der Gesamtschulen auf den Status einer Schule der Sekundarstufe 1 mit vertikaler nicht wie bisher horizontaler Kooperation mit einer gymnasialen Oberstufe herabgestuft werden sollte, war wohl geplant.

Massive Proteste nicht nur der betroffenen Schulen und eine breite Mobilisierung haben erreicht, dass wenigstens der Status quo erhalten blieb.

Damit war die GGG beschäftigt.

Die Proteste und die geschickte Intervention der Schüler und Eltern im Rahmen der „Bildungspolitischen Runde“ mit Vertretern und Vertreterinnen aller Parteien, die die GGG im Rahmen ihrer diesjährigen Herbst-Tagung für Schulleitungen veranstaltet hat, hat das Thema Oberstufe an Ge-

samtschule in die Öffentlichkeit gebracht, alle Parteien mussten sich positionieren.

Derzeit ist eine deutliche Kluft zwischen der CDU einerseits und allen anderen Parteien festzustellen, die sich zwar in unterschiedlicher Ausprägung jedoch alle für stärker integrative Angebote einsetzen. Dabei sind die Gesamtschulen, die im Saarland eine eher hohe Akzeptanz haben, ein nicht zu unterschätzender Faktor.

Gesamtschul- und GGG-intern haben wir uns auf den Weg gemacht, unseren Standort neu zu bestimmen und unser Profil als Schulform zu schärfen: Woran arbeiten wir? Wie arbeiten wir? Was unterscheidet uns (noch)? Wohin wollen wir uns entwickeln?

Nachdenken und entspannen kann man in einer neu aufgelegten Reihe Kultur und Bildung.

URSULA GRESSUNG-SCHLOBACH

NIEDERSACHSEN

Norddeutscher Kongress

Unter dem Motto „Gesamtschulen im Aufwind“ fand vom 26.–27. September in der IGS Peine der Norddeutsche Kongress 2008 statt.

Der Freitag war der Landesmitgliederversammlung, dem Austausch der norddeutschen Landesverbände und der politischen Würdigung der Gesamtschularbeit in Niedersachsen vorbehalten. Nach der eher (wie erwartet) zurückhaltenden verbalen Unterstützung durch einen Vertreter des Ministeriums zogen Bürgermeister und Landrat jedoch das volle Register der Gründe für die Attraktivität von Gesamtschulen in Niedersachsen. Vom GGG-Bundesvorsitzenden hatte man ja gar nichts anderes erwartet.

Der Abend zeigte die IGS Peine als vorbildliche Gastgeberin mit einem abwechslungsreichen kulturellen Programm.

Der Samstag war der Arbeit vorbehalten. Nach einem einstimmigen Festvortrag von Prof. Ulf Preuss-Lausitz „Kein Kind darf uns verloren gehen“ hatten über 150 angereiste Kongressteilnehmer die Qual der Wahl unter den Workshop-Angeboten zu:

- Arbeit am Leitbild (Regenthal, CI-Akademie, Braunschweig)
- Innere Differenzierung (Wille-Burkhardt, IGS Querum)
- Arbeit im Öko-Garten (Gube, IGS Peine)
- Kooperatives Lernen (Fink, Schäfer, Gesamtschule Hagen-Haspe)
- Kollegiale Unterrichtshospitation (IGS Hildesheim)
- Die Arbeit der Gesamtschulinitiativen (GGG, Uflerbaeumer)
- Handys in der Schule (Cordes, medienkoeche, Wolfsburg)
- Kompetenzorientierung und Rhythmisierung (Koepsell, IGS List)
- Die Arbeit der Gesamtschulelternräte (Siegel, Landeselternrat).

Das Angebot zielte auf Anregungen zur Qualitätsverbesserung in bestehenden Gesamtschulen wie auf die Unterstützung von Initiativen und Intensivierung der Gesamtschulelternarbeit auf Landesebene. Beide Workshops zu diesen Themen wurden stark nachgefragt, ein Gesamtschul-Elternverein auf Niedersachsen-Ebene gegründet und viele Verabredungen für Beratungsgespräche mit Initiativen getroffen.

Der Kongress hat seine Aufgaben erfüllt: Impulse setzen, Kontakte knüpfen, in die eigenen Schulen wie in „die Politik“ hineinwirken. Eine Voraussetzung war das attraktive Tagungsangebot, eine andere eine perfekte Organisation: Danke, IGS Peine!

Landesvorstand berät Initiativen und Kommunen

Das zurückliegende Vierteljahr war geprägt durch eine intensive Beratungstätigkeit des Landesvorstands und weiterer GGG-Mit-

glieder in Sachen „Gesamtschulgründungen“. In nahezu allen Bereichen des Flächenlandes Niedersachsens sind Forderungen nach neuen Gesamtschulen erhoben worden; viele Initiativen bemühen sich darum, vorhandenen Elternwillen in politische Entscheidungen umzuwandeln. Viele Kommunen fragen bei der GGG nach, wenn es um Informationsabende für Eltern geht, die während des Befragungszeitraums stattfinden. Zum Antrag auf Neugründung einer Gesamtschule gehört u.a. der Nachweis des Bedürfnisses. Danach müssen in den vier Grundschuljahrgängen jeweils über 130 Eltern ihr Interesse

Ein Workshop des Norddeutschen Kongresses in Peine bot den über zwanzig Initiativen im Land die Gelegenheit zum Erfahrungsaustausch.

Trotz der zusätzlichen Hürden bei der Errichtung (neben der Fünfüzigigkeit, die nur für die Gesamtschule vorgeschrieben wird, gibt es eine Reihe weiterer vorsätzlicher Erschwernisse bei Neugründungen, z.B. die Verweigerung des Ganztagsstatus von Beginn an) ist die Nachfrage jedoch groß, mussten doch schon in der Vergangenheit landesweit ca. 45% der Anmeldungen wegen fehlender Kapazitäten abgelehnt wer-

mit, im Genehmigungsverfahren befinden sich Anträge aus Hannover, Braunschweig (4. Gesamtschule), Lüneburg, Wolfsburg, Friesland. Die GGG geht davon aus, dass zusätzlich zu diesen mindestens weitere zehn Neugründungen in den nächsten zwei Jahren erfolgen können.

Die steigende Nachfrage nach Gesamtschulplätzen hat auch ihren Grund in der Attraktivität der Schulform in Abgrenzung zum Gymnasium (hier Abitur nach 13 Jahren, dort nach 12 Jahren) und im demografischen Wandel, der das Flächenland voll erfasst hat. Wesentlich bleibt aber die auch in den Inspektionen nachgewiesene Schul- und Unterrichtsqualität der niedersächsischen Gesamtschulen. Darüber hinaus weisen die Preisträger des Deutschen Schulpreises (IGS Franzisches Feld aus Braunschweig und Robert-Bosch-Gesamtschule aus Hildesheim) auf die Qualität der Arbeit der IGSen hin.

Auch aus diesem Grunde ist eine maßvolle Steigerung der Zahl der Gesamtschulen sinnvoll. Hier finden sich genügend Lehrkräfte, die Haltung und Handwerk für eine integrierende Schulform mitbringen (oder lernen wollen) und die von den bereits bestehenden benachbarten Gesamtschulen und der GGG gut beraten werden können. Der Turnaround in der niedersächsischen Bildungspolitik wird damit natürlich nicht geschaffen; der ist politisch jedoch bei einer stabilen CDU-FDP-Mehrheit sowieso in weiter Ferne. Und wie es mit einer anderen politischen Mehrheit aussehen würde? Man weiß es nicht.

Ein Grund zum Pessimismus? Mitnichten! Wir in Niedersachsen machen weiter gute Gesamtschularbeit, stecken unseren Optimismus in die konkrete Gestaltung einer integrierenden Schule und freuen uns über die große Akzeptanz unserer Schulform im Lande.

Der Begriff „Gesamtschule“ ist in Niedersachsen ein Markenzeichen mit Gütesiegel!

RAIMUND OEHMANN



an einer konkreten Gesamtschule mit konkretem Standort bekunden. Zur Erinnerung: Die Landesregierung lässt nur neue Gesamtschulen zu, wenn sie mindestens fünfzig geführt werden und das gegliederte Schulwesen in seiner Gänze auf dem Gebiet eines Schulträgers auf Jahre hinaus gesichert nachgewiesen werden kann.

Zu den weit über zwanzig Informationsabenden kommen Beratungen für Parteien und kommunale Verwaltungen hinzu und natürlich die Mitarbeit in und Beratung von Initiativen.

den, an manchen Orten mussten deutlich mehr Kinder abgelehnt werden als aufgenommen werden konnten.

Inzwischen liegen bereits einige Ergebnisse von Elternbefragungen aus Landkreisen und Städten vor: häufig wünscht sich die Mehrheit der befragten Eltern eine Gesamtschule – wohlmerkt: eine integrierte. Kooperative Gesamtschulen spielen bei der Bedarfsermittlung kaum eine Rolle.

Im Landkreis Schaumburg sind bereits drei neue Gesamtschulen für das Schuljahr 2009/2010 vom Ministerium genehmigt.

GGG INTERN

ULRIKE KIDAS-ANDRESEN

Ein Blumenstrauß für Christel Schehr ...

26 Jahre GGG-Geschäftsstelle in Aurich – das heißt auch 26 jährige Leitung der Geschäftsstelle durch Christel Schehr. Sie wollte sich gerne still und heimlich davon schleichen, wollte bloß keine offizielle Verabschiedung! Aber, das geht natürlich nicht: Ein großer Blumenstrauß zum Abschied als Dankeschön musste wenigstens sein. Also machte sich der GGG – Bundesvorstand am 16.01.2009 von Stedesdorf auf nach Aurich, um Christel Schehr noch einmal zu danken.

Christel Schehrs Arbeit für die GGG begann 1982: Damals wurde mit Günter Kreiner ein Mann aus Aurich zum Geschäftsführer der GGG gewählt. Dies bedeutete in der Folge, dass auch die GGG-Geschäftsstelle nach Aurich verlegt wurde. Günter Kreiner stellte damals Christel Schehr als Teilzeitkraft für die Geschäftsstelle ein – eine gute Entscheidung. Mit großer Zuverlässigkeit verwaltete Christel seitdem die Geschäfte der GGG. Telefonate wurden immer sehr freundlich entgegengenommen, die Wünsche der Gesprächspartner zügig umgesetzt.

Mit ihrem Organisationstalent hat Christel Schehr über Jahrzehnte für das Gelingen von Kongressen und Gremien-Sitzungen gesorgt, indem sie im Hintergrund die organisatorischen (Vor-)Arbeiten leistete und auch vor

Ort immer eine große Stütze war. Christel hat elf Bundesvorstände unter Vorsitz von sechs verschiedenen Bundesvorsitzenden begleitet. Wo auch immer der jeweilige Geschäftsführer seinen Sitz hatte, die Bundesgeschäftsstelle blieb in Aurich, denn man konnte ja sicher sein, dass hier unter Christels Leitung, inzwischen mit ganzer Stelle, für Beständigkeit gesorgt wurde.

Die Überlegungen zur Umstrukturierung der GGG trafen sich mit der Absicht Christel Schehrs, alsbald in den Ruhestand gehen zu wollen. Die Räume in Aurich wurden gekündigt. Zum 1. August 2008 wurde Michael Hüttenberger hauptamtlicher Bundesgeschäftsführer, vorher noch „Bauleiter“ in Stedesdorf: Hier konnte nach umfangreichen Baumaßnahmen die Bundesgeschäftsstelle im September ihren Einzug halten in das wunderschöne Haus in der Hauptstraße 8. Obwohl Christel Schehrs Ruhestand eigentlich schon im Januar 2008 begann, war sie bereit die Geschäftsstelle noch bis zum Umzug zu führen und sogar die umfangreichen Vorarbeiten für den Umzug zu machen.

Nicht nur hierfür, sondern für ihre langjährige zugewandte Arbeit dankte ihr der Bundesvorstand noch einmal herzlich. Bei Kaffee und Keksen wurden etliche „GGG-Geschichten“ erinnert, viel gelacht und zum Abschluss durch den Bundesvorsitzenden Lothar Sack der „Danke-schön-Blumenstrauß“ überreicht. ♦



Christel Schehr mit Lothar Sack (rechts) und Wolfgang Vogel

TERMINE

06.03.2009

GGG-LV Hessen –
Treffen der GGG-Schulleiter

07.03.2009

GGG-LV Hessen
Gesamtschultag in Frankfurt,
Ernst-Reuter-Schule II

27.–28.03.2009

GGG-Bund
Bundesvorstand und Hauptaus-
schuss, Unna

25.04.2009

GGG-LV Mecklenburg-Vorpommern
Gesamtschultag M-V in Stralsund,
IGS Grünthal

20.–24.05.2009

GGG-LV Hessen
Seminar und Schulbesuch Institut
Beatenberg (10), Schweiz
(geschlossene Veranstaltung für IQ
und Afl Hessen)

18.–20.06.2009

GGG-Bund
Bundesvorstandssitzung in Stedesdorf

29.08.2009

LGL
Arbeitstreffen der „Initiative Länger
gemeinsam Lernen“, Hannover

11.–12.09.2009

Grundschulverband Grundschulkon-
gress, Frankfurt/Main

18.–20.09.2009

GGG-Bund
Bundeskongress in Hamburg, Max-
Brauer-Schule
40 Jahre GGG, Mitgliederversamm-
lung

10.–14.10.2009

GGG-LV Hessen
Seminar und Schulbesuch Institut
Beatenberg (11), Schweiz
(noch einige Plätze frei)

20.–21.11.2009

GGG-Bund
Bundesvorstand und Hauptaus-
schuss, Unna

KOMMENTAR



Wider das Nutella-Prinzip

VON EMIL C. KELLER

„Nur wo Nutella draufsteht, ist auch Nutella drin.“ Ist das nicht ein genial einfacher Slogan?

Wie oft habe ich als Kind meiner Oma klar machen müssen, dass die günstigere Nuss-Nougat-Creme bei Aldi oder Tengelmann eben nicht Nutella ist. Meine Kinder argumentierten später ähnlich, und sie konnten stets mit meiner aus eigener Erfahrung gewonnenen Einsicht rechnen.

Also: „Nur wo ... draufsteht, ist auch ... drin.“ Spätestens mit meinem beruflichen Einstand im deutschen Schulwesen wurde mir klar, dass dies kein verlässliches Dogma ist. Zu meiner Enttäuschung noch nicht mal bei jenem Label, das mir besonders am Herzen lag und liegt, bei der Gesamtschule. Hessisch berufssozialisiert musste ich erfahren, dass sich dahinter manche Abbildung der Dreigliedrigkeit verbarg. Additive (später kooperative) Gesamtschule und Integrierte Gesamtschule, das war ja nun noch aus(einander)zuhalten, wenn auch außerhalb Hessens und jenseits der schulinteressierten Welt kaum erklärbar, warum eine KGS eine Gesamtschule sein soll. Dass hinter dem Etikett der IGS allerdings auch höchst selektive Schulen stecken können (von der ABC-Differenzierung ab Klasse 5 bis zu abschlussbezogenen Klassen in 9 und 10 – um die extremsten Erscheinungsformen von Ausgrenzungsmentalität zu benennen), empfand ich als höchst pro-

blematisch. Wo Gesamtschule drauf stand war mitnichten immer Gesamtschule drin. Mindestens nicht das, was ich mir unter Gesamtschule so vorstellte.

Aber was war denn nun unter „Gesamtschule“ zu verstehen, welch gut gehüteter Rezeptur folgten die „richtigen“ Nutella-schulen? Manche Bundesländer definierten das klarer als Hessen, hatten Erlasse, die die Zutaten genau festlegten: Ganztagschule, gymnasiale Oberstufe beispielsweise, leistungsbezogene Aufnahmequoten, Lernbereiche u. a. Organisationsvorgaben, formale Kriterien meistens, aber immerhin. Einen faden Beigeschmack hatten einige dieser Creme-Schulen trotzdem, doch ich, inzwischen in der GGG, dem Gesamtschulverband, lernte schnell zu unterscheiden: Dass man neben der Struktur auch auf die Kultur schauen muss um rauszukriegen, was und wo reformorientierte und integrierende oder gar inkludierende Gesamtschulen sind.

Die „anderen“ Gesamtschulen wurden uns von unseren Gegnern entgegen gehalten bei dem Versuch, das Label als solches zu diskreditieren.

Dann kam PISA, es wurden neue Etiketten erfunden, mit genauen Rezepturen versehen, die sich nicht mehr unterscheiden ließen von „unseren“ Vorstellungen von Nutella-Gesamtschulen. Schulen, wie ich

sie in und mit der GGG schon immer in beeindruckender Vielfalt erleben durfte.

Und plötzlich waren da zwei Probleme: Nicht mehr nur da, wo Nutella draufstand, war manchmal gar kein Nutella drin, sondern es war auch dort Nutella drin, wo etwas ganz anderes draufstand, nicht Gesamtschule, sondern z. B. Gemeinschaftsschule. Viele dieser Schulen fühlten sich vom Nutella-Verband nicht mehr vertreten, weil sie nicht so hießen. Selbst wenn das gleiche drin war. Und es nutzte nichts mehr, wenn der Nutella-Verband zwar brav für seine Schulen warb, aber nicht genau sagen konnte, was eigentlich drin ist. Oder nicht genau genug.

Deshalb finde ich es gut, dass sich die GGG entschlossen hat, jetzt, statt weiterhin Etiketten zu beschwören, den Deckel aufzuschrauben, Löffel zu verteilen und zu probieren. Etwas aufwändiger ist das schon, aber es lohnt sich. Und die GGG hat genau beschrieben, was drin sein soll im Glas. Mit Zutaten und Mengenangaben. Nicht nur zum Probieren, sondern auch zum selber Herstellen.

Und ob das dann Nutella heißt oder sonst wie, ist im Prinzip egal. Wichtig ist nicht das, was drauf steht, sondern das, was drin ist.

Nach dem Motto: „... – das Gute daran ist das Gute darin.“ Auch ein genial einfacher Slogan, oder? ♦